

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Marion Schneid und Adolf Kessel (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur

Sprachförderung für nach Deutschland eingereiste schulpflichtige Kinder und Jugendliche

Die **Kleine Anfrage 2191** vom 20. Februar 2014 hat folgenden Wortlaut:

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hat sich in den letzten fünf Jahren die Zahl der aus dem Ausland nach Rheinland-Pfalz zugezogenen schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen ohne Deutschkenntnisse nach Kreisen und kreisfreien Städten entwickelt?
2. Begrüßt die Landesregierung das Pilotprojekt der „Starterklasse“ der Mainzer Goetheschule?
3. Wieso wurde ein solches Angebot bisher nicht von Landesseite angeboten?
4. Plant die Landesregierung, ein Konzept ähnlich der „Starterklasse“ in Mainz auch anderen besonders betroffenen Schulen in Rheinland-Pfalz zugänglich zu machen?

Das **Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 17. März 2014 wie folgt beantwortet:

Das Hauptziel von Sprachförderung ist, durch die Vermittlung deutscher Sprachkenntnisse den Kindern eine gute Sprachfähigkeit zu ermöglichen, um grundlegende Voraussetzungen für den Erfolg in der Schule und dem später zu ergreifenden Beruf zu schaffen. Zudem werden durch Sprachfördermaßnahmen die Integration der Schülerinnen und Schüler in die Schulgemeinschaft und die Gesellschaft gefördert und ein Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung geleistet.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1:

Die Zahlen der in den vergangenen fünf Schuljahren aus dem Ausland nach Rheinland-Pfalz zugezogenen Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen mit Förderbedarf in Deutsch sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen. Es gibt keine statistische Erfassung des Grades der Deutschkenntnisse bei schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen, die aus dem Ausland zugezogen sind.

Kreis/kreisfreie Stadt	2009/2010	2010/2011	2011/2012	2012/2013	2013/2014
Kreisfreie Stadt Koblenz	206	216	162	156	157
Landkreis Ahrweiler	97	98	78	84	116
Landkreis Altenkirchen	118	105	83	69	78
Landkreis Bad Kreuznach	154	76	92	91	96
Landkreis Birkenfeld	75	46	56	59	77
Landkreis Cochem-Zell	43	38	47	57	56
Landkreis Mayen-Koblenz	111	95	104	83	92
Landkreis Neuwied	156	156	136	140	159
Rhein-Hunsrück-Kreis	102	69	67	64	88
Rhein-Lahn-Kreis	141	108	92	95	95
Westerwaldkreis	150	103	98	78	95

b. w.

Kreis/kreisfreie Stadt	2009/2010	2010/2011	2011/2012	2012/2013	2013/2014
Kreisfreie Stadt Trier	126	88	85	71	90
Landkreis Bernkastel-Wittlich	119	118	115	124	151
Landkreis Eifelkreis Bitburg-Prüm	158	118	76	74	107
Landkreis Vulkaneifel	35	30	20	35	30
Landkreis Trier-Saarburg	35	23	20	46	65
Kreisfreie Stadt Frankenthal	55	62	52	64	75
Kreisfreie Stadt Kaiserslautern	110	104	103	107	125
Kreisfreie Stadt Landau in der Pfalz	60	48	32	20	15
Kreisfreie Stadt Ludwigshafen	526	430	442	422	506
Kreisfreie Stadt Mainz	363	315	250	286	335
Kreisfreie Stadt Neustadt	48	45	45	55	67
Kreisfreie Stadt Pirmasens	51	39	32	28	35
Kreisfreie Stadt Speyer	83	65	44	45	54
Kreisfreie Stadt Worms	125	105	104	123	196
Kreisfreie Stadt Zweibrücken	26	27	34	45	66
Landkreis Alzey-Worms	140	71	110	137	132
Landkreis Bad Dürkheim	69	72	69	73	101
Donnersbergkreis	66	77	63	61	69
Landkreis Germersheim	133	158	141	148	171
Landkreis Kaiserslautern	121	129	166	170	181
Landkreis Kusel	87	67	67	93	67
Landkreis Südliche Weinstraße	38	35	34	39	42
Rhein-Pfalz-Kreis	67	55	70	129	164
Landkreis Mainz-Bingen	110	100	111	106	138
Landkreis Südwestpfalz	21	18	14	11	24
Gesamt	4 125	3 509	3 314	3 488	4 115

Quelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Amtliche Schulstatistik.

Zu Frage 2:

Der Sprachvorkurs „Starterklasse“ wird an der ehemaligen Goethe-Schule angeboten, die seit diesem Schuljahr organisatorisch mit der Anne-Frank-Realschule plus Mainz verbunden ist. Das Projekt ist aus der Tradition einer ehemaligen Hauptschule mit einem hohen Anteil an Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund entstanden und wird vor Ort gut aufgenommen.

Zu den Fragen 3 und 4:

Den Rechtsrahmen für den Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund und damit verbundene Sprachfördermaßnahmen bildet die Verwaltungsvorschrift „Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund“ des Ministeriums für Bildung, Frauen und Jugend vom 22. November 2006 (943 B-Tgb. Nr. 3097/05).

Auf dieser Basis bieten Schulen Sprachvorkurse oder Eingliederungslehrgänge bedarfsgerecht an. Die Maßnahmen reichen von wöchentlich zwei- und vierstündigen besonderen Förderungen bis hin zu 15-stündigen Eingliederungslehrgängen und 20-stündigen Sprachvorkursen in der Sekundarstufe I. Benachbarte Schulen können zur Einrichtung dieser Sprachfördermaßnahmen zusammenarbeiten.

Doris Ahnen
Staatsministerin